Nr. 67. Mittwoch, den 20. März 1918. 32. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Bezugspreis: Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags. durch die Austräger wöchentlich 40 ₰, monatlich ℳ 1,75, vierteljährlich ℳ 5,20 frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition und den Filialen 6 ₰, bei den Straßenhändlern 10 ₰, Sonntagsnummer 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 4,—.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36. Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die neungespaltene Petitzeile oder deren Raum 45 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 25 ₰ zuzüglich 20 vHt. Teuerungszuschlag. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 4 Uhr nachm.), in den Filialen (bis 3 Uhr), sowie in allen Annoncen-Büreaus. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. — Buchhandlung Erdgeschoß, Buchdruckerei-Kontor 1. Stock. Fehlandstr. 11

Ein Jahr russische Revolution.

Von Dr. Paul Lensch, Mitglied des Reichstags.

In diesen Märztagen ist gerade ein Jahr verflossen, daß in Rußland die Revolution ausgebrochen ist. Sie war schon so oft angekündigt worden, daß die ersten Meldungen über das nun endlich eingetretene unvermeidliche Ereignis in Deutschland anfangs auf starke Zweifel stießen. Aber sehr bald bestätigten sich die Meldungen und rasch bewies die Bewegung durch den fast widerstandslosen Zusammenbruch des Zarismus und die Absetzung des Zaren selber, daß es sich diesmal um mehr handelte, als im Jahre 1905.

Immerhin wird man zugestehen müssen, daß die Ereignisse, die wir nunmehr nach Verlauf eines Jahres überblicken können, alles weit übertreffen, was im März 1917 auch weitblickende Politiker als die wahrscheinlichen Konsequenzen der russischen Revolution erwartet haben. Man kann sagen, es ist in jeder Hinsicht anders gekommen, wie man sich, und wenn man auch noch so verschiedene Möglichkeiten sich ausmalte, die Zukunft Rußlands vorstellte. Die Ententestaaten begrüßten zunächst den Ausbruch der Revolution, an der man von englischer Seite besonders eifrig und verschwiegen mitgearbeitet hatte. Der alte Zarismus stand im Verdacht, Frieden mit den Mittelmächten machen zu wollen, und deshalb sollte er gezwungen werden, sich seine Vertrauensmänner aus den Kreisen der imperialistischen Bourgeoisie vom Schlage Miljukows zu holen. Allein die Arbeiter und Soldaten Petersburgs machten aus der englisch-russischen Bourgeoisrevolte rasch eine richtige Revolution. Der Zar verschwand, an die Stelle der bisherigen russischen Regierung trat ein Ministerium Miljukow-Kerenski.

Auch von den Mittelmächten wurde die Revolution beifällig begrüßt, erblickte man in ihr doch ein Unterpfand eines baldigen Friedens, zumal der deutsche Reichskanzler jede Einmischung in die innerrussischen Verhältnisse von vornherein ablehnte. Allein die Hoffnung trog. Der Einfluß Englands und besonders der frisch in den Krieg eingetretenen Vereinigten Staaten von Amerika nahm eher zu als ab, und als im Westen die großen Offensivschlachten der Anglofranzosen einsetzten, da begann die große Juli-Offensive in Galizien, die sich die französischen Sozialistenführer als ihr besonderes Verdienst zuschrieben. Aber es war nur ein militärischer Altweiberjommer. Die Offensive brach vollständig zusammen und die Heere der Zentralmächte säuberten die vom Feinde besetzten Gebiete vollkommen. Im Norden aber erfolgte die Einnahme von Riga sowie später die der sehr wichtiger Inseln am Ausgange der Rigaischen Bucht. Es wurde offenbar: die militärische Kraft Rußlands war zu Ende. Nur noch ein schleuniger Frieden konnte dem unglücklichen Lande helfen.

Inzwischen hatte der innere Zersetzungsprozeß stark zugenommen. Die Disziplin der Armee war verschwunden, die wirtschaftliche Not stieg immer höher und war infolge des Verkehrselends auf den Eisenbahnen auch durch die neue Ernte nicht zu heben. Gleichzeitig erhob sich jene verhängnisvolle Erscheinung, die zur völligen Auflösung des Riesenreiches führen sollte: die Fremdvölker erklärten sich für unabhängig oder zum mindesten für autonom, gründeten neue Republiken innerhalb des gesamtrussischen Reichsverbandes und verlangten Abschluß des Friedens. Die Organisationen der Arbeiter- und Soldatenräte bemächtigten sich der politischen Gewalt. Kerenski wurde gestürzt und die Vertrauensmänner der Sowjets, Lenin, Trotzki, kamen an die Spitze des Staates. Ihre historisch gegebene Aufgabe war, für Brot und Frieden zu sorgen. Allein sie verschafften den verzweifelten Massen weder das eine noch das andere. Sie proklamierten zwar als ihr Programm einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen und Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Allein ihr wahres Ziel war die Entfachung der internationalen Proletarierrevolution in allen Ländern. Hieran scheiterten im Grunde die ersten Verhandlungen von Brest-Litowsk, wie man auch das Verhalten der deutschen Delegierten be- oder verurteilen mag.

Allein schon war die geschichtliche Entwicklung über die Sowjets hinausgegangen. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der Ukraina hatten Erfolg gehabt, der neue Staat fand internationale Anerkennung. Sobald die Republik von der Zentralrada in Kiew proklamiert war, war sie von England und Frankreich anerkannt worden. Der Vierbund schloß mit ihr einen Sepraratfrieden und erkannte dadurch den neuen Staat ebenfalls formell an. Auch Finnlands Unabhängigkeit wurde konkrete Tatsache. Dazu kamen die im zweiten Frieden von Brest-Litowsk anerkannten Lostrennungen von Polen, Litauen und Kurland, sowie die Autonomie von Livland und Estland. Damit hatte das alte Rußland endgültig aufgehört, zu existieren. Der große Prozeß der selbständigen Staatsbildung, von dem bisher die unterdrückten Fremdvölker durch den Zarismus systematisch gehindert waren, setzt nunmehr ein, und damit steht der gesamte Osten an der Schwelle einer neuen Epoche. Ob und in welcher Zeit sich die nunmehr selbständigen Staaten wieder mit Großrußland zusammenfinden, ist zunächst gar nicht abzusehen. Der Zerfall Rußlands ist viel weniger ein deutsches Kriegsziel, als vielmehr das Ergebnis der innerpolitischen Entwicklung des Zarenreiches selber gewesen. Das muß man bei der Beurteilung des Friedens von Litauisch-Brest wohl beachten. Die Sozialdemokratie hat keinen Anlaß, gegen diesen Frieden, wie es in der Parteipresse mannigfach verlangt wurde, zu stimmen. Jedenfalls ist die Bedeutung dieses Friedensschlusses von so ungeheurer Tragweite, daß erst spätere Generationen imstande sein werden, sie voll zu ermessen.

Aber nicht nur im Westen, auch im Osten hat die Auflösung des alten Zarenreiches bereits begonnen. Japan ist in Sibirien eingerückt, der wichtige Hafen Wladiwostok ist besetzt, und es heißt sogar, daß feindliche Truppen im Marsch auf Irkutsk in der Nähe des Baikal-Sees sind. Hier hebt eine ganz neue Wendung im fernen Osten an, wo sich schon lange ein neuer Kriegsherd zu entwickeln begonnen hat. Es handelt sich um die Beherrschung des großen chinesischen Marktes, um den sich alle Industriestaaten der Welt streiten. In erster Linie Japan mit England und Amerika. Japan, das noch im Jahre 1915 sich Rußland zum Freunde zu machen suchte und mit ihm im Juni 1916 einen Vertrag abschloß, in dem bis spätestens 1921 ein gemeinsamer Krieg gegen England und Amerika in Ostasien vorgesehen war, hat nunmehr eine totale Revision seiner Stellung vorgenommen. Es sucht sich durch Annexion von Ostsibirien für die kommende Entscheidung in China zu stärken.

So hat die russische Revolution, dieses Kind der deutschen Siege, in der kurzen Frist eines Jahres bereits ungeheure Umwälzungen nach sich gezogen. Dabei ist das Ende dieser Umwälzungen noch gar nicht abzusehen.

Der Weltkrieg ist die Weltrevolution.

Deutscher Heeresbericht.

Amtlich. WTB. Großes Hauptquartier, 19. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Sturmtruppen preußischer, bayerischer und sächsischer Divisionen führten in Flandern erfolgreiche Erkundungen aus und nahmen dabei mehr als 300 Belgier gefangen.

Von der Küste bis zum La Bassé-Kanal war der Feuerkampf am Abend gesteigert, an der übrigen Front blieb er in mäßigen Grenzen.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Gallwitz.

Bei Juvincourt holten brandenburgische Stoßtrupps nach hartem Kampf 20 Gefangene aus den feindlichen Gräben. Das Artilleriefeuer lebte beiderseits von Reims und in der Champagne zeitweilig auf; an der Nordfront von Verdun nahm es an Stärke zu. Wir setzten unsere Erkundungen fort. Sächsische Abteilungen brachten auf dem Ostufer der Maas 56 Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

An vielen Stellen der lothringischen Front, in den Vogesen und im Sundgau rege Tätigkeit der Franzosen.

Wir schossen gestern in Luftkämpfen und von der Erde aus 23 feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballons ab.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Unterseebootskrieg.

Amtlich. WTB. Berlin, 19. März.

Im Sperrgebiet um England vernichteten unsere Unterseeboote

19 000 Brutto-Register-Tonnen

feindlichen Handelsschiffsraumes.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Vor einer englischen Offensive?

(Privattelegramm des „Hamburger Echo“.)

Englische Front, 18. März 1918.

Vom klaren Frühlingswetter begünstigt, scheint die seit Wochen an der Westfront dauernde Hochspannung jeden Augenblick sich lösen zu können. Dabei steht durchaus noch nicht fest, wer von den beiden furchtbar gerüsteten Gegnern der Angreifer sein wird. Ich habe in den letzten Tagen den Frontabschnitt zwischen Lille und Quentin besucht. Alle Beobachtungen an diesem Abschnitt lassen den Schluß zu, daß hier mit größeren Aktionen des Gegners zu rechnen ist. Darauf deutet nicht nur die immer lebhafter werdende Aufklärungstätigkeit seiner Flieger hin. Es herrscht drüben besonders im Abschnitt Quentin dieselbe Unruhe und Anspannung aller Kräfte, wie wir sie aus den Tagen vor den großen Offensiven vom letzten Jahre her kennen. Was für Endabsichten der Engländer mit seiner erhöhten Tätigkeit gerade in dem mit Blut getränkten Abschnitt Lille—Quentin im Auge hat, sei dahingestellt. Sollte er hier eine neue Durchbruchsschlacht wagen wollen, so findet er unsere Armeen gerade hier wohlgerüstet. Leitung und Truppe — davon konnte ich mich besonders bei den Divisionen in der Gegend Quentin überzeugen — sehen seinen Absichten mit derjenigen Ruhe entgegen, zu der wir bei dem heutigen Stande unserer Vorbereitungen, unserer Menschen- und Materialreserven mehr als jemals ein gutes Recht haben. Von den benachbarten Abschnitten zeichnet sich die Flandernfront durch fast völlige Ruhe aus. Das dortige tiefe Gelände hat sich in den blutigen Schlachten des letzten Jahres für beide Teile anscheinend so ungünstig erwiesen, daß mit einem Wiederaufnehmen ernsthafterer Kämpfe dort kaum zu rechnen sein dürfte.

Dr Köster, Kriegsberichterstatter.

Die Vorbereitung zur Offensive.

Reuter meldet amtlich: Zusammenkünfte des Obersten Kriegsrates, ebenso wie wichtige politische Besprechungen unter Vorsitz der Premierminister wurden abgehalten, die letzteren in London am 14., 15. und 16. März. Sie fanden im Beisein der Premierminister Englands, Frankreichs und Italiens und in Gegenwart anderer Minister nebst ihren militärischen und sonstigen Sachverständigen statt. — In der letzten Woche wurden Clemenceau und Orlando vom König und der Königin von England empfangen.

Clemenceau soll nach seiner Rückkehr in Paris erklärt haben, es sei „volle Einigkeit“ zwischen den Verbandsmächten erzielt.

Hollands Kapitulation in der Schiffsraumfrage.

Wie schon gestern gemeldet wurde, hat Minister Loudon in der zweiten holländischen Kammer eine Erklärung abgegeben, die eine vorläufige Unterwerfung Hollands unter den Willen Englands, Frankreichs und Amerikas bedeutet. Der entscheidende Teil dieser Erklärung lautet: Die niederländische Regierung teilt nach reiflicher Ueberlegung den alliierten Regierungen mit, daß sie sowohl aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten die ernstesten Bedenken gegen die gestellte Forderung habe, schob jedoch ihre endgültige Beantwortung auf, da sie mit einer Weigennot, die unserem Lande im kommenden Sommer droht und mit der Wahrscheinlichkeit, daß die Weigerung die Abschneidung aller überseeischen Zufuhr zur Folge haben würde, zu rechnen hatte. Sie hielt es nämlich für ihre Pflicht, sich vorher zu vergewissern, ob in diesem Falle Brotgetreide von den Mittelmächten zu bekommen sein würde. Sie wandte sich an die deutsche Regierung mit der Frage, ob auf eine Lieferung von 100 000 Tonnen Weizen binnen zwei Monaten gerechnet werden könnte. Die Antwort war entschieden verneinend. Die deutsche Regierung erklärte, daß sie, so gern sie auch bereit sei, den Niederlanden zu helfen, doch mit Rücksicht auf den Bedarf einiger ihrer Bundesgenossen nicht imstande sein würde, unserem Verlangen zu entsprechen, während sogar hinsichtlich einer späteren Abgabe einer kleineren Menge keinerlei Sicherheit gegeben werden konnte. Unter diesen Umständen glaubte die Regierung sich gezwungen, die Forderung, die von den alliierten Regierungen mit einer Lieferung von 100 000 Tonnen Weizen für die niederländische Bevölkerung vom 15. April verknüpft wurde, anzunehmen. Sie hat jedoch ihre Zustimmung von folgenden Bedingungen abhängig gemacht: An erster Stelle muß feststehen, daß die Niederlande auf eine Verteilung des niederländischen Schiffsraumes oder auf die Versorgung des Landes auch nach dem in der Londoner Basis of agreement angegebenem Maßgabe, über welchen die Regierung jetzt auch ihren endgültigen Vorschlag den alliierten Regierungen in den Grundzügen mitgeteilt hat, rechnen könne. Auch muß wohl verstanden werden, daß Bunkerkohle, für die Anfuhr der für die Niederlande entsprechend der oben erwähnten Versorgung der zur Rationierung bestimmten Güter den niederländischen Schiffen gegeben wird, sowie ferner, daß in der gefährdeten Zone von den alliierten Regierungen folgendes gewährleistet werden muß: 1. daß die Schiffe keine Truppen oder Kriegsmaterial transportieren; 2. daß sie nicht bewaffnet werden; 3. daß es den Bemannungen vollständig freigestellt bleibt, an den Fahrten teilzunehmen oder nicht, und endlich 4. daß die eventuell vernichteten Schiffe sofort nach dem Kriege durch andere ersetzt werden. Soweit glaubt die Regierung gehen zu müssen. Sie hat sich dazu mit Rücksicht auf die Not nicht nur hier im Lande, sondern auch in den Kolonien genötigt gefühlt, während sie sich außerdem einen bedeutenden Teil unserer Flotte, der für die Gegenwart und Zukunft unseres Volkes von äußerst großer Bedeutung ist, sichert. Weiter kann und darf die Regierung nicht gehen.

Wie nachträglich aus dem Haag gemeldet wird, ergab die Kammersitzung keine Klarheit darüber, ob die holländischen Schiffe in Holland frei ausfahren sollen oder ob der deutsche Vorschlag des Pendelverkehrs angenommen wird.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ vom Montag berichtet: Heute mittag wurde hier auf der Börse allmählich bekannt, daß unsere Regierung die Uebereinkunft mit England und Amerika angenommen hat. Die Rotterdamer Reeder hielten es für so gut wie zweifellos, daß die Niederlande die gestellten Bedingungen nicht annehmen würden; da es jetzt doch geschehen ist, ist dadurch für ihre materiellen Interessen besser gesorgt, als wenn die Alliierten unsere Schiffe ohne weiteres in Beschlag genommen hätten. Allerdings glaubt niemand, daß England und Amerika nicht imstande sein werden, die torpedierten niederländischen Schiffe zu ersetzen, aber man rechnet jetzt in jedem Falle auf eine entsprechende Geldentschädigung, der die Reeder aber begreiflicherweise nicht zu viel Wert beimessen, weil es fürs erste wohl nicht möglich sein wird, dafür neue Schiffe bauen zu lassen. Alles hindert aber nicht, daß auch in den Kreisen der Reeder Mißstimmung über die getroffene Entscheidung herrscht, die allgemein als Erniedrigung und als nicht gut begreiflicher Entschluß empfunden wird. Uebrigens herrscht in diesen Kreisen Unruhe über das Schicksal der niederländischen Besatzungen der in Amerika liegenden Schiffe, die vermutlich in ein schwieriges Verhältnis geraten werden und von denen sicher eine Anzahl sich weigern wird, auf bewaffneten Schiffen im Sperrgebiet zu fahren.

Inzwischen hat Reuter aus Washington das Folgende gemeldet: Die Erörterungen über die Verwendung der holländischen Schiffe durch freiwillige Uebereinkunft oder auf dem Wege der Requisition dauern fort, während die Regierung die holländische Antwort abwartet. Die Wegnahme ist jedoch aufgeschoben worden, bis die Antwort hier eingegangen ist, was nicht vor Dienstag der Fall sein wird.

Die französischen Sozialisten und die Kriegskredite.

Die französische Deputiertenkammer hat am letzten Mittwoch die Verhandlungen über die Kriegsausgaben für die Monate April, Mai und Juni zum Abschluß gebracht. Vor der Abstimmung erklärte der Abg. Jobert im Namen der sozialistischen Fraktion, daß die Sozialisten für das Budget stimmen, damit man ihnen nicht den Vorwurf machen könne, das siegreiche Ende des Krieges auch nur um eine Minute verzögert zu haben. Das Budget wurde sodann mit 470 gegen 5 Stimmen angenommen. Nur die Zimmerwalder haben gegen die Kredite gestimmt, dagegen hat die Gruppe Longuet sie angenommen.

Deutsch-französische Vereinbarung über die Kriegsgefangenen.

Das politische Departement der Schweiz teilt mit: Der französische Botschafter und der Kaiserlich Deutsche Gesandte haben dem Bundespräsidenten mitgeteilt, daß ihre Regierungen den im Verlauf der in Bern gepflogenen Verhandlungen aufgestellten Entwurf einer Vereinbarung zwischen der deutschen und französischen Regierung über die Kriegsgefangenen genehmigt haben. Diese Vereinbarung ist demnach in Kraft getreten.

Die Lösung der rumänischen Ministerkrise.

Aus Bukarest wird vom 19. März gemeldet:

Marghiloman ist zum Ministerpräsidenten ernannt worden.

Aus Bukarest wird noch geschrieben: Alexander Marghiloman hat bekanntlich, als die Friedensverhandlungen mit Rußland in Brest-Litowsk begannen, an die damalige Jassyer Regierung, Bratianu und Take Jonescu, eine Denkschrift gerichtet, in der er in dringlicher Weise darauf hinwies, daß der geeignetste Augenblick gekommen ist, um die Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten zu beginnen. Die Bevölkerung Moldaus hat erst durch eine kürzlich veröffentlichte Unterredung Marghilomans mit dem Vertreter der „Jassyer Zeitung“ von dieser Denkschrift Kenntnis erhalten. Die Aeußerungen Marghilomans haben, wie aus Jassyer Blättern deutlich ersichtlich ist, in allen Kreisen Moldaus tiefsten Eindruck gemacht und die Erbitterung gegen den früheren Machthaber ins Grenzenlose gesteigert. Bratianu sowohl als Take Jonescu haben sich unter diesen Umständen genötigt gesehen, auf die Erklärungen Marghilomans zu erwidern. Die Blätter Bratianus geben zu, das Marghiloman an den früheren Ministerpräsidenten die Mahnung gerichtet habe, die günstige Lage auszunutzen und so rasch als möglich Frieden zu schließen. Bratianu aber hätte diesen Rat nicht befolgen können, solange noch ein Schatten von Hoffnung vorhanden war, daß die Front im Osten Widerstand leisten könne. Die von Take Jonescu geführten ententefreundlichen Konservativ-Demokraten erklären, daß sie von der Mitteilung Marghilomans keine Kenntnis hatten, daß Bratianu sie wahrscheinlich deshalb nicht verständigt habe, um nicht schon damals eine Kabinettskrise herbeizuführen, da er wußte, daß die Konservativ-Demokraten entschlossen seien, den Abschluß des Friedens, selbstverständlich auch den Eintritt in Friedensverhandlungen, unter keinen Umständen zuzugeben.

Daß nun unter Marghilomans verantwortlicher Leitung die rumänische Regierung die Friedensverhandlungen wieder aufnehmen und sie im Sinne einer Verständigung mit den Mittelmächten zu Ende führen wird, kann als selbstverständlich gelten.

Lenins Rede auf dem Sowjetkongreß.

„Daily News“ erfährt aus Moskau vom 15. März: Auf dem Sowjetkongreß waren 1094 Abgeordnete vertreten, von denen 787 Bolschewiki und 238 Sozialrevolutionäre waren. Swerlow verlas ein Begrüßungstelegramm, u. a. die Botschaft Wilsons. Tschitscherin berichtete über die Friedensbedingungen; danach hielt Lenin, der mit einer Ovation empfangen wurde, die bewies, wie wenig seine Stellung erschüttert ist, eine lange Rede, in der er seine Auffassung über Rußlands Bedürfnisse auseinandersetzte. Nach der Rede von Lenin wurde die Versammlung vertagt.

Russische Soldaten, die nicht zur Roten Armee gehen wollen.

Reuter meldet: Die Preobraschenskische Garderegimenter in Petersburg und Moskau wurden entwaffnet, ebenso alle übrigen Truppen der Petersburger Garnison, welche ihre Einverleibung in die Rote Armee verweigerten.

Spaniens militärische und wirtschaftliche Rüstungen.

Bei der Eröffnung des spanischen Parlaments verlas der König eine Thronrede, welche die herzlichen Beziehungen betonte, die Spanien mit allen Völkern der Welt aufrecht erhalte und erklärte, daß Spanien in offenbarer Uebereinstimmung mit dem Wunsche des Landes an der Neutralitätspolitik festzuhalten entschlossen sei. Wenn sie aber auch dem Beispiel der friedlichsten Nationen folge, so sei die Regierung doch aufmerksam bedacht, die Streitkräfte zu Wasser und zu Lande zu verstärken. Das Kabinett würde dem Parlament eine Vorlage zu der Amnestie für alle politischen und sozialen Vergehen unterbreiten. Es werde dem Parlament ein Entwurf zugehen über geeignete Maßnahmen zur Verbesserung des Eisenbahnnetzes durch den Bau neuer Linien, Steigerung der Kohlenförderung, Erhaltung der Wälder, Hebung der Landwirtschaft und zur Vorbereitung der Häfen und Schiffahrt auf starke Entwicklung des Ueberseehandels. Die wirtschaftlichen und finanziellen Mittel sollen durch Anleihen beschafft werden, um eine Abwanderung von Kapital und Arbeit ins Ausland zu verhüten.

Aus den feindlichen Kriegsberichten.

Im französischen Heeresbericht vom 18. März abends wird u. a. folgendes gemeldet: Zwei feindliche Handstreiche, von denen einer südlich Juviacourt und der andere südöstlich Corbeny angesetzt war, wurden nach lebhaftem Kampfe, der die Deutschen merkliche Verluste kostete, zurückgewiesen. Wir machten Gefangene.

Der belgische Bericht vom 18. März sagt: Die Tätigkeit, die sich seit einiger Zeit an der belgischen Front zeigte, äußerte sich heute früh bei Tagesanbruch durch verschiedene Angriffe, die mit starken Mitteln von den Sturmtruppen in der Gegend Nieuwport, Dixmuide, Noroken nach Nieuwport zu vorgetragen wurden. Die Deutschen faßten in einigen vorgelegenen Teilabschnitten Fuß, wurden aber teilweise in Richtung nach Dixmuide zurückgedrängt. Unter dem Schutze heftigen Bombardements drangen sie in unsere vorderen Stellungen ein und setzten sich östlich von Reiersvulsiet und Stuywchenskerke in einem Teil des Grabens am Westufer der Yser fest. Im Gegenangriff am hellen Tage wurden alle diese vorübergehend verlorenen Stellungen und Grabenstücke gesäubert. Mehrere Gefangene und Maschinengewehre blieben in unserer Hand. Unabhängig von diesen Infanteriekämpfen war heftiges Artilleriefeuer gegen unsere Verbindungsstraßen gerichtet. Der Artilleriekampf war an der ganzen Front sehr lebhaft. Zahlreiche Granaten mit giftigen Gasen wurden abgeschossen.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Der österreichische Generalstab meldet: Keine Ereignisse von Belang.

Einer Reutermeldung zufolge ist festgestellt worden, daß die Russen Odessa vor der Räumung in Brand zu setzen versuchten, aber wegen des zu schnellen Nachdrängens der Deutschen ihren Zweck nicht erfüllen konnten.

Im Unterhause fragte Hunt, ob keine deutschen höheren Offiziere an Bord der Hospitalschiffe und der bewaffneten Schiffe untergebracht werden würden. Bonar Law antwortete, die Frage wäre zwar von englischen Marine- und Militärbehörden sorgfältig erwogen worden, man habe aber nicht die Absicht, den Plan auszuführen.

80 Offiziere, die am längsten in Frankreich an der Front gestanden haben, sollen beim Generalstab in Washington angestellt werden. Der Plan ist, in Washington einen Generalstab zu haben, der gründlich mit den Verhältnissen und Bedürfnissen des Krieges bekannt ist, an der Front einen Generalstab, der ebenso mit den heimischen Verhältnissen und Problemen bekannt ist.

Allgemein-politische Nachrichten.

Aus dem Hilfsdienstausschuß.

Der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen, wonach künftig bei Beschwerden gegen Festsetzung von Strafen die Beschwerden nicht mehr an die Zentralinstanz, sondern an den Feststellungsausschuß zu richten sind. Die Beschwerde muß eingelegt werden bei dem Einberufungsausschuß, der die Strafe verhängt hat. Der Einberufungsausschuß muß die Beschwerde dann weitergeben; er ist aber auch berechtigt, aus eigener Entschließung die Strafverfügung abzuändern. Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung. Dieser Verordnung wurde vom Ausschuß zugestimmt.

Abg. Bauer referiert dann über die Petition eines Hilfsdienstpflichtigen und bemerkt bei dieser Gelegenheit, daß vielfach Hilfsdienstpflichtige in Giftfabriken beschäftigt werden und sich dort in kurzer Zeit völlig ruinieren. Die Unfallfürsorge tritt in diesem Fall nicht ein, weil die Folgen dieser Vergiftungserscheinungen nicht als Betriebsunfälle angesehen werden. Der Ausschuß beschloß, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen mit der Maßgabe, daß um Ausdehnung der Unfallfürsorge auf diese Arbeiterkategorien ersucht wird.

Abg. Stücklen referiert dann über eine Reihe von Protokollen, die der Magistrat Berlin dem Hilfsdienstausschuß übermittelt hat. Aus den Protokollen ergibt sich, daß Agenten der Tiefbauunternehmer, die in den besetzten Gebieten Erdarbeiten auszuführen haben, Arbeitskräfte anwerben, und zwar vielfach junge Leute von 16, 17 und 18 Jahren, und sie in die besetzten Gebiete hinaussenden. Die Agenten erhalten für jeden Kopf, den sie vermitteln, ℳ 8 bis ℳ 12 Entschädigung. Ihre Bureaus haben sie in Gastwirtschaften aufgeschlagen, wo ihnen junge Leute zugeführt werden. Diese jungen Leute werden dann draußen zum Teil mit vielfach vorbestraften Menschen zusammengelegt. Die Unterkunft ist die denkbar schlechteste, es wimmelt überall von Ungeziefer, die Verpflegung ist außerordentlich mangelhaft und die Behandlung läßt überaus viel zu wünschen übrig. Die Leute sind vollkommen rechtlos; die Unternehmer haben mit ihnen Verträge abgeschlossen, die direkt gegen das Gesetz verstoßen. Die Baracken, in denen die Arbeiter untergebracht sind, werden nachts von Militärposten bewacht. Die Folge dieser ganzen Zustände ist, daß die Fluchtversuche außerordentlich zahlreich sind. Werden die Leute von den Feldgendarmen aufgegriffen, dann werden sie mit Arreststrafen belegt. Das Material, das der Referent vortrug, wirkte geradezu erschütternd, und er stellte die Frage an das Kriegsamt, was es zu tun gedenkte, um diesem ungeheuerlichen Skandal schleunigst ein Ende zu machen.

Die Vertreter des Kriegsamts erklärten, daß ihr Amt sofort, als es Kenntnis von den Zuständen erhalten habe, durch den Generalquartiermeister Erhebungen veranstaltet habe. Das Vorgehen der Agenten sei in keiner Weise zu billigen. Soweit sie den Arbeitern schwindelhaft Angaben gemacht haben, seien sie bereits der Staatsanwaltschaft angezeigt worden. Die Verträge seien vom Kriegsamt nicht geprüft worden, denn dazu sei eine andere Stelle zuständig gewesen.

In der Aussprache waren sich alle Redner darüber einig, daß solche Zustände geradezu ungeheuerlich seien und daß die Militärverwaltung die Pflicht habe, schleunigst für Abhilfe zu sorgen.

Noch eine Unabhängigen-Niederlage vor den Toren Berlins.

Bei den am Sonntag vollzogenen Gemeindevertreterwahlen in Mariendorf bei Berlin wurde die Liste der Sozialdemokratie mit 141 bis 143 Stimmen gegen 100 bis 101 Stimmen, die auf die Liste der „Unabhängigen“ fielen, gewählt. Mariendorf war eine Hochburg der Unabhängigen oder wurde vielmehr dafür gehalten, bis die erste Wahl nach der Spaltung den wahren Sachverhalt entschleierte. Wie in so vielen anderen Orten und Kreisen!